

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 6. August 1983, Nr. 180/31 S

Herausgegeben von Bruno Dechamps, Jürgen Eick, Fritz Ullrich Fack, Joachim Fest, Johann Georg Reißmüller

1,40 DM D 2955 A

Hessens Grüne billigen Anschlag Vogel verurteilt die Tat

F.A.Z. FRANKFURT, 5. August. Der Landesvorstand der hessischen Grünen hat die Tat des hessischen Grünen-Abgeordneten Schwalba-Hoth gebilligt, der am Mittwoch den amerikanischen General Williams bei einem Empfang des Wiesbadener Landtages mit Blut bespritzt hatte. Der hessische Landesvorstand der Grünen beschloß, die Aktion „offensiv zu vertreten“. In einem am Freitag in 100 000 Exemplaren verbreiteten Flugblatt der Grünen heißt es: „Diese gewaltfreie Aktion ging von dem obersten Prinzip aus, daß Menschen nicht verletzt werden dürfen.“ Die „außergewöhnliche Schärfe“ der Aktion entspringe „der zynischen und eiskalten Anmaßung der Militärs, über unser Leben bestimmen zu wollen. Diese gewaltfreie Aktion konnte nur ein Zeichen setzen. Handeln müssen wir

6 Neue Sachbücher

7 Lebenslange Strafe für Mord im Mafeld

8 Hessens SPD beim Spagat

Der Mann aus dem Norden: Neue Politik nach der alten Methode in Nigeria

9 Intervention — aber was nun?

11 Frankreich im Kampf mit dem Defizit

19 Manfred Winkelhock: Traumziel und Rennziele verfehlt

20 Die erste Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Helsinki

21 Ein herzbetrunkenes Kind — Zum 100. Geburtstag von Joachim Ringelnatz

18 Briefe an die Herausgeber

Bilder und Zeiten: Umweg zu Wagner

jetzt alle gemeinsam. Eine phantasievolle Lawine vielfältiger, gewaltfreier Friedensaktivitäten muß über die Bundesrepublik kommen, von hessischen Volksbegehren für den Frieden bis zur Blockade militärischer Einrichtungen.“ In der Bundestagsfraktion der Grünen kritisierten Abgeordnete die Aktion deshalb, weil sie nicht „vermittelbar“ sei. Schwalba-Hoth hätte das Blut besser über seinen eigenen Kopf gegossen und nicht gegen den amerikanischen General.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel verurteilte die Aktion Schwalba-Hoths und forderte die Grünen in den Landtagen und im Bundestag auf, klarzustellen, ob sie solches für einen Bestandteil parlamentarischer Aktivitäten hielten. „Von der Antwort wird es abhängen, wie ernst allgemeine Bekenntnisse dieser Fraktion zu den demokratischen Grundsätzen und den parlamentarischen Prinzipien und dem Grundsatz der Gewaltfreiheit künftig genommen werden können.“

Der ehemalige Berliner Regierende Bürgermeister Albrecht hat in Bonn den Blut-Anschlag von Schwalba-Hoth als „ganz schrecklich“ verurteilt. Albrecht sagte, eine solche Aktion sei in der Sache gefährlich und helfe überhaupt nicht, sei aber auch ein Zeichen der „tiefen Verzweiflung und der apokalyptischen Vorstellungen, in die manche unserer Freunde verfallen sind“. Er nannte die Proteste gegen Schwalba-Hoths Verhalten freilich „übertrieben“. Zugleich kündigte Albrecht an, daß er sich Anfang des kommenden Monats an der Blockade in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd beteiligen werde, wo — vielleicht — Pershing-II-Raketen stationiert werden. Albrecht sagte, er wolle dort die jüngeren Demonstranten „nicht allein lassen“. Man müsse wegen der Nato-Nachrüstung jede „nur denkbare Möglichkeit“ nutzen, um nachdenklich zu machen.

Starke Sicherheitsmaßnahmen vor der Wahl in Nigeria

LAGOS, 5. August (Reuter/dpa). Mit einem verstärkten Polizeiaufgebot in der Hauptstadt Lagos und allen größeren Städten will Nigerias Regierung jede Störung der für Samstag angesetzten Präsidentschaftswahlen vermeiden. Schärfster Konkurrent von Staatspräsident Shagari von der Nationalen Partei Nigerias (NPN) ist Awolowo, Kandidat der Nigerianischen Einheitspartei (UPN). Die Präsidentschaftswahlen sind zugleich der Beginn einer Wahlsérie, in der bis zum 3. September jeweils ein Mitglied der Gouverneure, der Senat, das Repräsentantenhaus und die Landesparlamente gewählt werden. Die Ergebnisse der Wahlen werden frühestens am jeweils kommenden Montag nach der Abstimmung erwartet. Die Behörden haben mehr als 150 000 Mann der Ordnungskräfte zur Überwachung der Wahl aufgeboten. Obwohl die siebenmonatige Wahlkampfphase ruhiger als erwartet verlief, sind außerdem Soldaten in Alarmbereitschaft versetzt worden. In einem Aufruf der nigeri-

Blüm will die Schwarzarbeit bekämpfen „Bei zwei Millionen Arbeitslosen ein Skandal“

Schärfere Kontrollen — vor allem in der Bauwirtschaft / Die Sozialversicherungen erheblich geschädigt

Ho. BONN, 5. August. Bundesarbeitsminister Blüm hat der zunehmenden Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung in der Bundesrepublik den Kampf angesagt. Dies soll in erster Linie durch eine schärfere Kontrolle der Arbeitsstätten besonders in der Bauwirtschaft geschehen. In diesem Wirtschaftszweig hat die „Schattenwirtschaft“ in den letzten Jahren stark zugenommen. Blüm kündigte am Freitag an, daß die Bundesanstalt für Arbeit noch in diesem Monat eine „Aktion ehrliche Arbeitsplätze“ starten werde, um in der Öffentlichkeit das Bewußtsein gegen Schwarzarbeit und das illegale Beschäftigen hauptsächlich von Gastarbeitern zu schärfen. Bei den Arbeitsstätten seien 25 „Stützpunkte“ geschaffen worden, die ihr Augenmerk der Bekämpfung der Schwarzarbeit widmen sollen; sie verfügen über 250 Mitarbeiter, 50 mehr, als ursprünglich vorgesehen waren. Blüm prüft sogar die Einführung einer „Ausweiskarte“, mit der die Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft und in anderen Zweigen der „Schattenwirtschaft“ ihr legales Arbeitsverhältnis ausweisen sollen.

In Anbetracht von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen sei die wachsende Schwarzarbeit ein „Skandal“, sagte der

Minister. Leider gebe es noch immer viele Leute, die darin nichts anderes als ein „Kavaliersdelikt“ sähen. Die Bundesregierung könne es nicht hinnehmen, daß die einen zwei Arbeitsplätze hätten, während die anderen arbeitslos seien. Es sei auch nicht im Sinne der Marktwirtschaft, wenn die ehrlichen Arbeitnehmer Steuer zahlten und die anderen nicht. Auf diese Weise hätten die Schwarzarbeiter einen erheblichen „Wettbewerbsvorteil“. Blüm wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es keine amtlichen Zahlen über den Umfang der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung gebe. Allerdings hätten die Gewerkschaften einmal die Zahl der in der Bauwirtschaft beschäftigten illegalen Arbeitskräfte auf rund 200 000 geschätzt.

Da in der Bauwirtschaft rund 27 Prozent der Bruttolohn- und Gehaltssumme als Beiträge zu den Sozialversicherungsträgern abgeführt werden, entziehe nach Blüms Angaben fünf Schwarzarbeiter den Sozialkassen jährlich etwa 50 000 Mark. Zu den illegal Beschäftigten machte Blüm folgende Rechnung auf: 10 000 von ihnen entzögen dem Staat und den Sozialversicherungsträgern jährlich etwa 150 Millionen Mark.

Die alte Bundesregierung hatte im Dezember 1981 mit dem Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung die Möglichkeiten zu einer schärferen Bekämpfung der unerwünschten Arbeitsverhältnisse verbessert. Danach muß mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Mark rechnen, wer Schwarzarbeit leistet oder andere mit Schwarzarbeit beauftragt. Im Einzelfall können sogar Freiheitsstrafen wegen Betruges oder Steuerhinterziehung in Betracht kommen. Ähnlich hohe Strafen sieht das Gesetz bei der illegalen Arbeitnehmerüberlassung vor. Schon seit zwei Jahren hatte die Bundesanstalt für Arbeit ihre Bemühungen um die intensivere Bekämpfung der illegalen Beschäftigung verstärkt.

Neben dem Baugewerbe sind, den Worten Blüms zufolge, vor allem das Kraftfahrzeughandwerk, Friseur, der Fremdenverkehr sowie der Obst- und Gemüseanbau eine Domäne der Schwarzarbeit geworden. Eine wirksame Bekämpfung der illegalen Beschäftigung in diesen Wirtschaftszweigen hänge im wesentlichen von Kontrollen vor Ort ab; in der Bauwirtschaft müßten vor allem die einzelnen Baustellen wirksamer als bisher nach Schwarzarbeitern „durchkämmt“ werden. (Fortsetzung Seite 2.)

Linke Putschisten übernehmen die Macht in Obervolta

Der neue Staatschef Sankara ein Freund Gaddafis / Mehrere Tote / „Völlige Ruhe“ in der Hauptstadt

OUAGADOUGOU, 5. August (dpa/AFP). Unter Führung des als linksradikal geltenden Hauptmanns und ehemaligen Ministerpräsidenten Thomas Sankara hat die Armee in der Nacht zum Freitag im westafrikanischen Staat Obervolta die Macht übernommen. Der als gemäßigt geltende bisherige Präsident, Jean-Baptiste Ouédraogo, seit einem Militärputsch vom November 1982 im Amt, wurde nach Angaben des Rundfunksenders in der Hauptstadt Ouagadougou verhaftet. Sankara, der am 17. Mai wegen seiner Links-Tendenzen und angeblich auf französisches Drängen von Ouédraogo als Ministerpräsident entlassen worden war, erklärte als Vorsitzender eines „Nationalen Revolutionsrates“ über den Sender, das Militär sei „völlig Herr der Lage“. Er beschuldigte Ouédraogo, sich „den Interessen der Feinde des Volkes, der ausländischen Vorherrschaft und dem Neokolonialismus unterworfen“ zu haben.

Nach unbestätigten Berichten kamen bei dem Umsturz 13 Menschen — darunter fünf Franzosen — ums Leben. Et-

wa 15 Personen wurden verletzt. Lediglich Teile der Gendarmerie und Soldaten der Präsidenten-Wache hätten anfänglich Widerstand geleistet. In der Hauptstadt herrschte am Freitagmorgen „völlige Ruhe“. Der Kommandeur der voltainischen Streitkräfte, Oberst Yorian Some, der Sankara im Mai während eines Besuches von Penne, dem Afrika-Berater des französischen Präsidenten Mitterrand, hatte verhaftet lassen, befand sich auf der Flucht. Der neue Machthaber rief die Bevölkerung zu „Wachsamkeit gegenüber den Volksfeinden“ auf. Über das gesamte Land wurde eine Ausgangssperre verhängt. Die Grenzen wurden geschlossen und der Flugverkehr zwischen Ouagadougou und dem Ausland unterbrochen.

Ouédraogo hatte Sankara im Januar zum Ministerpräsidenten ernannt. Am 17. Mai ließ er den Regierungschef jedoch zusammen mit anderen Heeresoffizieren unter dem Vorwurf der Kollaboration mit Libyen verhaften. Die Absetzung Sankaras erfolgte zwei Wochen nach einem überraschenden Be-

such des libyschen Führers Gaddafi in Obervolta. Gaddafi war angeblich ohne Wissen Ouédraogos von Offizieren eingeladen worden. Nach der Verhaftung Sankaras im Mai hatten junge Offiziere der Armee bei Verhandlungen mit Oberst Some unter der Drohung mit einem Angriff auf die Hauptstadt erreicht, daß alle anderen ebenfalls verhafteten Waffenkameraden Sankaras wieder entlassen und die Haft ihres Führers in Hausarrest umgewandelt wurde. Präsident Ouédraogo erklärte Ende Mai, eine neue Verfassung solle ausgearbeitet werden, um die Rückkehr Obervoltas zu einer zivilen Regierung Ende 1983 vorzubereiten. Der Staatschef sagte, die Militärs seien zu stark politisiert worden. Die Übertragung der Macht an eine Zivilregierung solle ein gesünderes Sozialklima in dem verarmten westafrikanischen Staat ohne Zugang zum Meer schaffen. Am 3. Juni hatte der bisherige Staatschef eine neue Regierung mit 19 Mitgliedern ernannt, der nur noch zwei Militärpersonen angehörten. (Fortsetzung Seite 2.)

Das Parlament Sri Lankas beschließt Verfassungsänderung

Jede Form des Separatismus künftig strafbar / Tamilen-Partei von Verbot bedroht / Loyalitätseid verlangt

Von unserem Südostasien-Korrespondenten Erhard Haubold

COLOMBO, 5. August. Das Parlament von Sri Lanka (früher Ceylon) hat nach vierzehnstündiger Debatte am Freitagmorgen eine Verfassungsänderung verabschiedet (Amendment Nummer 6), die zum Verbot der größten Oppositionspartei des Inselstaats, der Tamil United Liberation Front (Vereinigte Befreiungsfront der Tamilen oder TULF), führen könnte und weitreichende Folgen hat. Jede Form des Separatismus und seiner Propagierung soll in Zukunft streng bestraft werden. Wer für einen autonomen Staat innerhalb Sri Lankas eintritt — und ihn, zumindest eine unabhängige Identität, wollte die TULF mit friedlichen Mitteln im Weg der Evolution für die Minderheit der Tamilen erreichen —, soll keinen Platz im Parlament mehr haben, keinen Anspruch auf einen Reisepaß, soll den öffentlichen Ämtern ebenso wie von vielen Berufen und Handelstätigkeiten ausgeschlossen werden und überdies einen Teil seines Eigentums verlieren. Alle Abgeordneten, Beamten, Richter sowie die Mitarbeiter staatlicher Körperschaf-

ten und der untergeordneten Administration auf Provinz- und Stadtebene müssen ihre Ablehnung jeglichen Separatismus per Eid beschwören.

Da die Vertreter der TULF der Sitzung fernblieben, gab es keine Gegenstimmen. 150 Abgeordnete votierten für die Verfassungsänderung, darunter auch die Angehörigen der oppositionellen „Freiheitspartei Sri Lankas“ der ehemaligen Regierungschefin Bandaranaike. Während Ministerpräsident Premadasa im Parlament sagte, die Verfassungsänderung würde mit Sicherheit das Ende der TULF bedeuten, behaupteten Kabinettsmitglieder und Regierungssprecher am Freitag, die größte Oppositionspartei, die rund 10 Prozent der 168 Parlamentsitze hält, sei keineswegs verboten, ihre Angehörigen hätten durchaus noch eine Chance. Wenn sie ihren Abgeordnetensitz behalten wollten, bräuteln sie nur den geforderten Eid abzulegen, dazu stünden drei Monate zur Verfügung. Solange kann nach der Verfassung ein Parlamentarier ohne Folgen dem Hohen

Hause fernbleiben. In dieser Zeit könne sich viel ereignen, meinte einer der führenden jüngeren Politiker in Colombo, der Minister für Handel und Schifffahrt, Athullamudi. Und wenn es tatsächlich zum Ausschluss der TULF komme, sei die Regierung zum Dialog auch außerhalb des Parlaments bereit sowie zur Amnestie für jeden Tamilen-Vertreter, sobald er die Waffen niederlege — ein Hinweis an die „Tiger“, jene Fraktion im nördlichen Jaffna, die „Eelam“, den eigenen Staat für die Minderheit nur noch mit Waffengewalt erreichen zu können glaubt. Das klingt einleuchtend und versöhnlich, verdeckt aber eine Einschränkung bürgerlicher Freiheiten.

Denn einiges spricht dafür, daß die TULF den Eid verweigern wird. Die einzige legitime, weil gewählte Vertretung der 3,5 Millionen Tamilen würde dann aus dem Parlament und wahrscheinlich in den Untergrund getrieben, die „Tiger“ könnten ihre radikalen Methoden bestätigt sehen. (Fortsetzung Seite 2.)

Walesa kündigt weitere Aktionen der Untergrund-Solidarität an

WARSCHAU, 5. August (AFP). Die verbotene unabhängige polnische Gewerkschaft „Solidarität“ wird zu weiteren Aktionen zum dritten Jahrestag der Unterzeichnung der Danziger Abkommen am 31. August aufrufen. Das teilte Arbeiterführer Walesa im Laufe eines Treffens mit freigelassenen politischen Häftlingen in der Danziger Sankt-Brigitte-Kirche mit. Nach Angaben von Augenzeugen sagte Walesa, der Aufruf der provisorischen Untergrundführung der Gewerkschaft (TKK) für einen zweistündigen Verkehrsboykott an diesem Tag sei nicht „spektakulär“ genug. Bis Ende des Monats würden weitere Entscheidungen gefällt, die er zunächst nicht bekannt geben könne, kündigte Walesa an. Das Treffen fand in einem Raum der Kirche statt, in dem ein Plakat zu sehen war, das die schwarze Madonna von Tschenstochau mit einem T-Shirt der „Solidarität“ und zum Siegeszeichen gespreizten Fingern darstellte. Walesa sprach sich nochmals für eine Verstärkung der Gewerkschaftsstrukturen im Untergrund aus. Gleichzeitig schloß er eine Konfrontation mit dem Regime als Lösung für die polnische Krise aus. (Siehe auch Seite 4.)

Wettliches Versagen

Nt. Allerlei unerfreuliche Anblicke bieten sich an diesem Wochenende in Afrika, besonders in der Sahel-Zone, die immer mehr zum Aktionsfeld des libyschen Führers Gaddafi wird. Der Putsch in Obervolta mag manchem nicht wichtig vorkommen; schon zwei dutzendmal haben dort die Regierungen gewechselt seit der Unabhängigkeit. Doch da Gaddafi im Spiel ist, wäre es ein Fehler, die Sache auf die leichte Schulter zu nehmen. Gaddafi ist eben mittlerweile nicht mehr nur Gaddafi, sondern hinter ihm steht, wenn sie will, die mächtige Sowjetunion.

Libyens Geld und das sowjetische Waffenarsenal — das ist eine für Afrika immer gefährlicher werdende Kombination. Ganz ungeniert machen zwei libysche Flugzeuge mit sowjetischen Piloten im Cockpit auf dem Athener Flughafen just zu diesem Zeitpunkt eine Zwischenlandung zum Auftanken; die Piloten behaupten, sie hätten nichts Erklärungs-pflichtiges an Bord, und niemand traut sich, die Maschinen zu kontrollieren. Da darf man sich nicht wundern, wenn auch in Afrika der Widerstand gegen das libysche Vordringen allmählich schwächer wird. Egal, ob die Regierungen von innen heraus gestürzt werden, wie in Obervolta oder Ghana,

oder ob sie von außen attackiert werden, wie in Tschad — nirgendwo ist den Betroffenen bisher schnell genug ausreichende Hilfe zuteil geworden.

Die libysch-sowjetische Aufroll-Strategie profitiert davon, daß der Westen meint, man dürfe den Ost-West-Gegensatz nicht auf Afrika übertragen. Wenn es aber die andere Seite tut? Selbst eine imperialistische Gesinnung unverdächtige Zeitung wie „Le Monde“ rät jetzt der französischen Regierung zu energischerem Vorgehen gegen Gaddafi, weil Paris sonst eines Tages sich nicht mehr auf logistische Unterstützung für die Regierungstruppen in Tschad und anderswo beschränken könnte. Auch in Washington wird offensichtlich Frankreichs bisherige Zurückhaltung in einem alten Einflußgebiet mißbilligt, wie die verstärkten Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten an Tschad und die Entsendung von Awacs-Überwachungsflugzeugen nach Ägypten zeigen. Aber ist das genug? Und muß nicht jetzt schon Vorsorge getroffen werden für den Schutz der vermutlich nächsten Gaddafi-Ziele Niger und Nigeria, wenn schon niemand riskieren will, dem Libyer jetzt, da er in Tschad verwundbar ist, eine gehörige Lektion zu erteilen? So leicht wie bisher darf man es den afrikanischen Linksrevolutionären in Zukunft nicht mehr machen.

Abschied und Aufbruch

Von Ernst Günter Vetter

Vor einem Fabrikort steht eine Gruppe von Arbeitern; einer von ihnen sagt dem Fernsehen: „In dieser Fabrik hat schon mein Vater gearbeitet; ich arbeite dort mein ganzes Leben lang; und auch meine Kinder sollen da wieder ihr Brot verdienen.“ Dieser eine Satz beschreibt einen der dramatischsten Widersprüche unserer Tage: die mehr als rationale Bindung vieler Arbeiter an einen oft schon überlieferten Arbeitsplatz, der aber nach ökonomischen Gesichtspunkten nicht mehr haltbar ist.

Nicht nur die reine Angst um die Erwerbsquelle ist im Spiel. Ein Stück bäuerlicher Selbstgefälligkeit in der modernen Industriegesellschaft tritt hervor. Es ist ein emotionales Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Arbeitsplatz, zu dem altgewohnten Lebenskreis, zu den Kollegen und auch zu dem Unternehmen, auf das man oft stolz ist, unter dem man jedenfalls längst nicht so leidet, wie es Soziologen und Gewerkschaftsfunktionäre gelegentlich weismachen wollen. Arbeiter protestieren gegen Stilllegung von Produktionsstätten, von denen sie sich nicht trennen wollen, offenbar ohne auch nur einen Augenblick zu überlegen, ob es woanders nicht neue Arbeitsplätze geben könnte, die vielleicht sogar angenehmer oder menschlicher sind als die alten, die man verlassen soll.

Das Kennzeichen des Proletariats war im vorigen Jahrhundert seine Besitzlosigkeit, seine Entwurzelung. Die Kleinbauern und Landarbeiter, die zum Beginn des Industriezeitalters vom Lande in die Städte strömten, erwarteten von den neuen Fabriken ein Goldgräberzeitalter. Der Industriearbeiter heute braucht weder der Knechtschaft noch dem Elend zu entfliehen. Er trägt die Insignien des Bürgertums in seinem Lebensbild. Warum also soll er aufbrechen in eine ungewisse Zukunft?

Und vor allem: Er hat Gewerkschaften, die ihm unaufhörlich versprechen, immer mehr für ihn zu erstreiten, mindestens das Erreichte zu sichern. Politiker sagen ihm eindringlich, was ihre Partei jeweils alles für ihn tun wolle. In einer saturierten Gesellschaft, die vorwiegend Ansprüche kennt, ist Aufbruchstimmung verschwunden. Also verlangt sie nach einer statischen Wirtschaft, in der sich möglichst wenig verändern soll.

Doch ist Stillstand möglich in einer hochindustrialisierten, gewaltigem technischen Fortschritt unterworfenen Welt? Im vorigen Jahrhundert, als Dampfmaschine und mechanischer Webstuhl erfunden wurden, haben Arbeiter die neuen Maschinen verschlagen. Die Angst vor dem Unbekannten war der Antrieb. Sie konnten nicht wissen, daß die Arbeitsplätze von morgen vernichtet werden. Heute werden ganze Wirtschaftszweige dezimiert. Wieder stehen die Menschen unter einem unbequemen, aber unabwendbaren Zwang. Und wieder überdecken Emotionen die nüchterne Erkenntnis, daß ein neues Zeitalter andere wirtschaftliche

Strukturen erfordert, dadurch Arbeitsplätze vernichtet, doch neue an anderer Stelle schafft. Die Wirtschaft stirbt nicht, sie wandelt sich.

Führende Industrieländer stellen sich darauf ein, voran Japan und die Vereinigten Staaten. Wer nicht folgt, verliert seinen Einfluß auf den Weltmärkten und damit die Existenzgrundlage daheim. Gewerkschaften, die den Arbeitern einreden, sie müßten um jeden Preis an ihren bisherigen Arbeitsplätzen festhalten, und Politiker, die glauben, diese Wünsche nach Erhaltung überholter Strukturen mit Subventionen unterstützen zu müssen, gefährden die Existenzgrundlage der Volkswirtschaft und damit des Wohlstands für die künftige Zeit. Sie verhalten sich im Grunde nicht anders als jene verzweifelten Menschen, die mit Knüppeln die neuen Maschinen vernichten und so Zukunft zerstören.

Doch wir leben in einer aufgeklärten Zeit. Das ist der Unterschied zum vorigen Jahrhundert. Ökonomische und technische Zusammenhänge sind für die meisten Menschen greifbar. Das ist aber die Voraussetzung dafür, jenen elementaren Grundsatz zu überbrücken, Gefühl und Verstand in Einklang zu bringen. Den Arbeitsplatz zu verlieren ist schmerzlich; in einen anderen Lebenskreis zu wechseln fordert Opfer, die niemand leichtnehmen darf. Und die Mehrzahl der Menschen besteht nicht, genauso wenig wie vor hundert Jahren, aus Pionieren und Abenteurern. Sie wollen besser leben, aber zugleich im Althergebrachten verharren. Daher müssen sie mit den Anforderungen und Unbequemlichkeiten einer neuen Zeit vertraut gemacht werden. Politik darf die Bürger nicht in ihren Beharrungswünschen bestärken; sie muß sie auf den lebensnotwendigen Wechsel vorbereiten und ihnen dabei helfen.

Die soziale Frage wird in jeder Zeit anders gestellt. Früher mußten die Menschen vor Ausbeutung oder vor nacktem Elend und nackter Not geschützt werden. Heute ist zu fragen: Wie versetzen wir sie in die Lage, selbständig mit den neuen Herausforderungen des Arbeitslebens fertig zu werden? Wer sie glauben macht, sie könnten in überholten Wirtschaftsstrukturen verharren und trotzdem ihre Zukunft sichern, macht sie immer abhängiger von fremder Hilfe, von der Unterstützung des Staates. Er gibt sie damit zugleich in die Hand kaum noch zu kontrollierender Mächte und Bürokratien. Stück um Stück wird Freiheit aufgegeben. Wer hingegen alle individuellen Kräfte der Unternehmer, der Angestellten und Arbeiter zu mobilisieren vermag, sichert nicht nur die Leistungskraft der modernen Wirtschaft; er verwehrt zugleich dem Moloch Staat den schleichend wachsenden Zugriff. Er bewahrt und stabilisiert die Freiheit. Die soziale Frage aber, so der große liberale Nationalökonom Walter Eucken, ist zu jeder Zeit nur in Freiheit lösbar — oder gar nicht.

Fortsetzung von Seite 1

Schärfere Kontrollen gegen Schwarzarbeit

Die bisherigen rechtlichen Möglichkeiten lassen im wesentlichen nur eine Feststellung der Identität der Arbeitnehmer zu (Vorlage des Personalausweises oder des Reisepasses). Mit der Einführung einer „Ausweiskarte“ verspricht sich Blüm offenbar eine wesentlich wirksamere Kontrolle der Arbeitsverhältnisse an Ort und Stelle. Allerdings müsse ein solcher Ausweis praktikabel sein und Mißbräuche ausschließen. Die bisher bestehenden Geringfügigkeitsgrenzen in der Sozialversicherung sollen dabei nicht angestraft werden, sagte Blüm. Wer lediglich Nachbarschaftshilfe leistet, habe nichts zu befürchten.

Blüm gab zwar zu verstehen, daß ein wesentlicher Anreiz für Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der im Vergleich hohen Steuer- und Abgabenlast zu suchen sei; der Minister sieht offensichtlich aber nur geringe Möglichkeiten, für Abhilfe zu sorgen. Blüm hat auch kein Verständnis dafür, daß ein Arbeitsloser mit Schwarzarbeit seinen Lebensunterhalt verdient. Auch von der niedersächsischen Anregung, Überstunden von Steuern und Abgaben freizuhalten (oder wenigstens geringer zu belasten), hält der Minister nichts.

Fortsetzung von Seite 1

Sri Lanka ändert Verfassung

Gegenüber der erdrückenden Mehrheit der buddhistischen Singhalesen (75 Prozent der Bevölkerung von 15 Millionen) würden die vorwiegend hinduistischen Tamilen zu Bürgern zweiter Klasse, käme zu dem schrecklichen Blutbad der letzten beiden Wochen, das nach offiziellen Angaben mehr als 300 Todesopfer, in der Hauptsache unter den Tamilen, forderte, noch die politische Diskriminierung. Selbst bei optimistischer Betrachtung muß man anweifeln, ob auf solche Weise das „neue Lanka“ aufgebaut werden kann, das der Leitartikel der Zeitung „Sun“ am Freitag verspricht, ob die Zuversicht des Ministers Athulammuni gerechtfertigt ist, der einen „sehr viel fruchtbareren Dialog“ voraussetzt. Die Gefahr ist vielmehr, daß die Tamilen ihre Repräsentanten verlieren, daß die Mehrheit die Rassenunruhen — an denen beide Seiten schuld haben — zum Anlaß nimmt, jedes Gespräch über Eigenständigkeit und Autonomie für ungesetzlich zu erklären. Es mag zutreffen, wie der Handelsminister behauptet, daß die TULF nur den Norden repräsentiert, die meisten Tamilen aber außerhalb dieser Provinz ansässig sind. Aber seine Aufforderung an die aus Indien eingewanderten Hindus, sich ein Beispiel zu nehmen an Muslims und Katholiken und deren Anpassung an die Bevölkerungsmehrheit, muß als Rückschritt gelten, wenn man an frühere Äußerungen des Präsidenten Jayewardene denkt und seinen ernsthaften Versuch, die beiden größten Rassegruppen zu einem „runden Tisch“ zusammenzubringen. Die Hintergründe dieser Wende liegen noch im dunkeln. Man darf aber vermuten, daß die Bewegung zur Wiedererweckung des Buddhismus, daß radikale Elemente im Lager der Singhalesen nicht ohne Einfluß gewesen sind.

Offiziell werden die Maßnahmen, zu denen auch das Verbot von drei linksorientierten Parteien gehört, mit einer „größten Verschwörung“ gegenüber Präsident Jayewardene, seiner Regierung und deren prowestlicher Politik begründet. War zunächst von ausländischen Elementen (aus Indien, der Sowjetunion) die Rede, so spricht der Präsident neuerdings von „einheimischen politischen Gruppen“, unter deren Führern auch Universitätslehrer gewesen seien und die mit einem Dreistufenplan die Macht hätten an sich reißen wollen. Die Ermordung von 13 Soldaten durch radikale Tamilen am 23. Juli — Beginn der „schwarzen Woche“ — sollte, so die offizielle Version, der Auftakt zur ersten Stufe der Rassenunruhen sein zwischen Singhalesen und Tamilen. Folgen sollten dann in der zweiten und dritten Stufe heftige Zusammenstöße zwischen Singhalesen und Moslems sowie zwischen Buddhisten und Christen. Beweise dafür hat die Regierung bisher nicht vorgelegt, weil man, so der Handelsminister, mit der Veröffentlichung aller Informationen dem Gegner in die Hände spielen würde. Er sieht deutliche Hinweise dafür, daß linksorientierte Extremisten die Regierung Jayewardene im Westen, vor allem in dessen liberalen Zeitungen, hätten diskreditieren wollen. Dafür spreche nicht zuletzt die Tatsache, daß man bisher nur der führenden Vertreter der Kommunistischen Partei habhaft werden konnte, die Spitzenfunktionäre der ebenfalls verbotenen Janatha Vimukthi Peramuna (Volksbefreiungsfront) und der Nawa Sama Samaja (Neue Sozialistische Partei) aber untergetaucht seien. Innen sei nicht zuletzt daran gelegen gewesen, ihre Verluste bei den Wahlen im letzten Jahr wettzumachen und die eine marktwirtschaftliche Ordnung und ein gutes Investitionsklima anstrebende Wirtschaftspolitik Sri Lankas zu unterminieren.

Warschau kündigt Polen-Besuch Honeckers an

Jöb. WARSCHAU, 5. August. Mitte August wird der Vorsitzende des DDR-Staatsrates und SED-Generalsekretär Honecker auf Einladung des Zentralkomitees der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und des Ministerrates Polen einen offiziellen Besuch abstatten. Die polnische amtliche Nachrichtenagentur PAP spricht von einem offiziellen Freundschaftsbesuch an der Spitze einer Delegation aus Partei- und Staatsvertretern. Die Ankündigung des Besuches Honeckers in Polen stellt den bisherigen Höhepunkt offensichtlicher Bemühungen dar, das seit Oktober 1980 gestörte Verhältnis zwischen der DDR und Polen zu entkräften. Zu diesem Zeitpunkt war der visafreie Verkehr über die Oder-Neiße-„Friedensgrenze“ gestoppt worden.

Treffen zwischen Scharon und Pierre Dschameijil in Beirut

Amerikanische Panzer für den Libanon / Schüsse im Schuf

JERUSALEM, 5. August (AFP). Der israelische Minister ohne Geschäftsbereich und frühere Verteidigungsminister Scharon hat sich am Donnerstag auf Einladung der libanesischen Falangisten in Beirut aufgehalten. Das teilte der israelische Regierungssprecher Meridor mit. Der israelische Rundfunk hatte zuvor berichtet, Scharon sei in Beirut mit dem Vorsitzenden der christlichen Kataib-Partei („Falangisten“), Pierre Dschameijil, zusammengetroffen. Nach Angaben des Senders sagte Scharon, der Libanon habe „noch eine Chance“, wieder ein souveräner Staat zu werden, es sei „jedoch möglicherweise seine letzte“. Israelische Regierungssprecher lehnten jeden Kommentar zu der Reise Scharons ab. Meridor sagte lediglich, die israelische Armee sei von dem Vorhaben unterrichtet worden. Unklar blieb, ob Scharon den Libanon im Auftrag der Regierung besuchte oder als Privatmann.

In den letzten Tagen war es im Südlibanon zu Spannungen zwischen Einheiten der christlichen Milizen und den israelischen Besatzungstruppen gekommen. Die israelische Armee hatte die Kämpfer der Kataib aufgefordert, eine Kaserne in Kfar Falus östlich von Saida (Sidon) zu räumen. Bei einer Inspektionsreise durch Ausbildungslager der libanesischen Armee im Südlibanon forderte Oberst Fintel, der Koordinator der amerikanischen Militärhilfe in dem Land, die libanesischen Armee am Donnerstag auf, ihre Kasernen zu verteidigen, diese gehörten der libanesischen Armee und „niemandem sonst“, bekräftigte Fintel.

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat den Kongreß am Donnerstag informiert, daß es dem Libanon 68 Panzer des Typs M-48A aus den Beständen der Nationalgarde liefern wolle. Die Panzer seien notwendig, damit der Libanon seine Souveränität verteidigen könne, hieß es. Ende vergangenen Jahres hatten die Vereinigten Staaten dem Libanon schon 34 Panzer dieses

Typs geliefert. Die geplanten neuen Verkäufe stehen nach Auffassung von Beobachtern mit dem beabsichtigten Teilabzug der israelischen Streitkräfte aus dem Libanon im Zusammenhang. Die libanesischen Streitkräfte sollen später in die von den Israelis geräumten Gebiete nachrücken.

Der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter McFarlane hat am Freitag seine Vermittlungsbemühungen in Beirut in Gesprächen mit der libanesischen Führung fortgesetzt. Außerdem wurden heftige Artillerie-Duelle zwischen Milizen der Christen und der Drusen in den Schuf-Bergen südöstlich Beiruts gemeldet. Bei den Unterredungen McFarlanes mit Ministerpräsident Wazzan und anderen Regierungsmitgliedern ging es um den Teilrückzug der Israelis. Wie aus Beirut verlautete, hielt Wazzan unverändert an der Forderung des Libanon nach einem Zeitplan für einen vollständigen Abzug der Israelis fest.

Der Zentralrat der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) ist am Freitag in Tunis abermals zusammengetreten, um eine Schlußresolution zu verabschieden. Der Rat war am Mittwoch einberufen worden, um sich mit den Flügelführern in der „Fatah“, der größten Gruppe in der PLO, und mit der Krise zwischen Syrien und dem PLO-Vorsitzenden Arafat zu befassen.

Inzwischen haben die „Rebellen“ gegen Arafat unter der Führung Abu Musas in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene weitere militärische Erfolge errungen. Sie trieben die Anhänger Arafats bis nach Baalbek zurück und beherrschten jetzt sämtliche Abschnitte der von Beirut über Saida nach Baalbek führenden Fernstraße. In Baalbek stehen außer libanesischen und syrischen Soldaten auch einige hundert Anhänger des iranischen Schiitenführers Ajatollah Chomeini. Sie gehören dem radikalen Flügel der schiitischen Amal-Miliz des Libanon an.

Wallmann dringt auf Klarstellung Börners

Die SPD soll ihre Einstellung zu den Grünen eindeutig benennen

ptn. WIESBADEN, 5. August. In Hessen darf es nach Auffassung des CDU-Landesvorsitzenden und Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann nach den jüngsten Vorkommnissen im hessischen Landtag „unter keinen Umständen nach der Landtagswahl vom 25. September eine Erneuerung des Bündnisses zwischen SPD und Grünen geben“. Wallmann sagte am Freitag in Wiesbaden, wer wie die Landtagsfraktion der Grünen Beleidigung und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung einsetze und ein solches Vorgehen dann auch noch unter Verhöhnung aller rechtsstaatlichen Prinzipien zu rechtfertigen versuche, der dürfe weder ein denkbarer Gesprächspartner noch gar ein Koalitionspartner sein.

Der CDU-Spitzenkandidat bedauerte, daß die hessische SPD bisher eine „klare und eindeutige Aussage“ über ihre politischen Absichten verweigert habe. Die Bevölkerung dürfe von den Sozialdemokraten nicht im unklaren darüber gelassen werden, was sie tun wollten, sollten im neu gewählten Landtag, was niemand gänzlich ausschließen könne, von neuem weder CDU noch SPD über eine regierungsfähige Mehrheit verfügen und die Grünen trotz allem in das Parlament zurückgekehrt sein. Die SPD kann nach Ansicht Wallmanns nicht so tun, als sei eine solche Konstellation ausgeschlossen. Der CDU-Vorsitzende forderte von der SPD auf ihrem Landesparteitag am 13. August „in einem formellen Beschluß die definitive Klarstellung“, ob sie jede Art von parlamentarischer Zusammenarbeit einschließlich einer Koalition oder der Tolerierung eines SPD-Minderheitskabinetts durch die Grünen ausschließe.

Den SPD-Landesvorsitzenden Börner forderte Wallmann zu einer „persönlichen Erklärung“ darüber auf, ob er bereit sei, eine Politik zu betreiben, die von der Zustimmung der Grünen abhängig sei, die in diesen Tagen „ihre Politikfähigkeit in geradezu drastischer Weise offengelegt, menschlichen Anstand mit Füßen getreten, Intoleranz auf die Spitze getrieben und die von ihr

propagierte Gewaltlosigkeit durch einen Blutschnitt demaskiert hat“. Wallmann warf Börner vor, in seiner Haltung zu den Grünen in den vergangenen Monaten „zwischen barscher Ablehnung und opportunistischer Anpassung“ ständig hin- und hergeschwankt zu sein.

Die hessische FDP, der potentielle Koalitionspartner der CDU, ist davon überzeugt, daß bei einer Wiederholung der „hessischen Verhältnisse“ im Parlament SPD und Grüne zusammengehen würden. Der hessische FDP-Landesvorsitzende Gerhardt sagte daher jetzt, er hoffe auf eine Absage des Wählers an die beiden „Wunschnutzer“ SPD und Grüne. Eingehend auf den Anschlag der Grünen auf den amerikanischen General im Wiesbadener Landtag, sagte Gerhardt, für Börner sei es eine „besondere persönliche Niederlage, daß er gezwungen wurde, sich im Namen der gesamten hessischen Bevölkerung für das Verhalten seines ehemaligen und zukünftigen Partners — den Grünen — zu entschuldigen“. Nur durch einen Einzug der FDP ins Parlament (wo die FDP derzeit nicht vertreten ist) bei der Wahl am 25. September würden die Mehrheitsverhältnisse geändert, die zu dieser „unwürdigen Entwicklung“ geführt hätten.

Die Union für eine Erhöhung der Bundestags-Diäten

ban. BONN, 5. August. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Schäuble, hat am Freitag gefordert, daß die Diäten der Bundestagsabgeordneten erhöht werden sollten. Gegenüber den „Westfälischen Nachrichten“ sagte er: „Es gibt keine Berufsgruppe, deren nominales Einkommen in einem Zeitraum von mehr als sechs Jahren keinerlei Steigerung erfahren hat.“ Schäuble gab keinen Hinweis auf die geforderte Höhe der Diätenanpassung, lehnte jedoch einen Nachschlag von etwa 30 Prozent ab, mit dem der seit 1977 eingetretene Kaufkraftverlust beseitigt würde. Er wandte sich gegen den von den Grünen gemachten Vorwurf, man dürfe nicht bei der Sozialhilfe kürzen und gleichzeitig sich bei den Diäten „bedienen“.

Schweden begrenzt den Besuch einer deutschen Flotte

„Die U-Boot-Jagd im Bottnischen Meerbusen geht weiter“

W.A. STOCKHOLM, 5. August. Ein Flottenbesuch der deutschen Bundesmarine mit der Nordspitze des Bottnischen Meerbusens als Bestimmungsort ist vom schwedischen Verteidigungsministerium gestoppt und auf ein Küstengebiet unweit Stockholms begrenzt worden. Als Begründung wurde angegeben, daß die schwedische Kriegsmarine im Gebiet des ursprünglich vereinbarten Zielhafens Lulea weiterhin nach wahrscheinlich fremden Unterseebooten suche und bei dieser Arbeit nicht gestört werden wolle. Außerdem gelte es, möglichen „Mißverständnissen“ vorzubeugen, die durch das Auftauchen ausländischer Schiffe in dem Suchgebiet andernorts geweckt werden könnten.

Der schon ausgelaufene deutsche Flottenverband, zu dem fünf Korvetten und das Versorgungsschiff „Lüneburg“ zählen, teilte sich wegen der schwedischen Entscheidung. Die „Lüneburg“ und zwei Korvetten wollten noch am Freitag in Stockholm anlegen und sich am Montag wieder mit dem restlichen Verband im Hafen der Stadt Gävle vereinigen, die am Eingang des Bottnischen Meerbusens und damit in beträchtlicher Entfernung zum zunächst angesteuerten Zielort liegt. Der Flottenbesuch war schon vor einem Jahr vereinbart worden und sollte auf Wunsch der Bundesmarine über die eigentliche Ostsee hinaus bis tief in den Bottnischen Meerbusen führen. Wegen der dort andauernden U-Boot-Jagd zeigten die Deutschen freilich sofort Verständnis für die schwedische Neuplanung.

Völlig gestoppt und sofort heimgeschickt wurde vom schwedischen Außenministerium inzwischen das sowjetische Forschungsschiff „Shelf“. Es wollte im Auftrag des Ozeanographischen Instituts in Königsberg „Grundlagenforschung“ in der Ostsee betreiben und dazu auch den schwedischen Hoheitsgewässern sogenannte Bodenproben entnehmen, ohne indes um eine entsprechende Erlaubnis nachgesucht zu haben. Der Antrag wurde von dem Kapitän des sowjetischen Schiffes erst gestellt, als er schwedische Lotsen für die Seeroute von Sandhamn nach Stockholm anfordern wollte. Das schwedische Außenministerium wies das Gesuch daraufhin mit der Begründung zurück, es habe schon vor Jahren alle Anrainerstaaten der Ostsee wissen lassen, daß die Genehmigungsverfahren für Forschungszwecke mindestens sechs Wochen in Anspruch nähmen.

Ebenfalls im schwedischen Teil der Ostsee war es vor knapp vier Wochen zu einem erfolgreichen Fluchtversuch gekommen, der nun am Freitag sein gerichtliches Nachspiel fand. Ein Amtsgericht der Stadt Kalmar verurteilte den Kapitän eines polnischen Segelschiffes zu zwei Monaten Gefängnis, weil er mit einer Signalpistole auf einen Landsmann geschossen hatte, der von Bord gesprungen und an das Ufer geschwommen war. Obwohl der 30 Jahre alte Flüchtling den Küstenstrand unverletzt erreichte, wurde der Kapitän mit der Begründung bestraft, er habe sich der „rechtswidrigen Bedrohung“ des Abgesprungenen schuldig gemacht.

Reagan verstärkt Militärhilfe an Tschad

Luftangriffe auf Faya Largeau eingestellt / Mobutu in Washington

WASHINGTON, 5. August (AFP/dpa). Die Vereinigten Staaten werden die Regierung Tschads mit weiterer Militärhilfe in Höhe von 15 Millionen Dollar in ihrem Kampf gegen die von Libyen geförderten Rebellen unterstützen. Das gab das amerikanische Außenministerium am Freitag bekannt. Präsident Reagan hatte bereits am Donnerstag dem zairischen Präsidenten Mobutu Sese Seko bei einem Gespräch im Weißen Haus weitere Unterstützung für Tschad angekündigt. Das Geld kommt aus einem Sonderfonds für Notfälle, aus dem im Juli bereits die ersten zehn Millionen Dollar für den Tschad bezahlt wurden. Nach Angaben eines Sprechers des Außenministeriums soll die zusätzliche Hilfe „der Regierung Tschads eine vernünftige Chance geben, sich gegen die libysche Eskalation zu verteidigen“. Die Art der Hilfe hänge vom weiteren Vorgehen des libyschen Revolutionsführers Gaddafi ab, „dessen Aktionen bisher von niemandem schlüssig vorausgesagt werden konnten“, meinte der Sprecher, ohne weitere Einzelheiten bekanntzugeben.

Vor Journalisten sagte Reagan anschließend, der amerikanische Flugzeugträger „Eisenhower“ werde trotz Libyens Angriffsdrohung weiter in den Gewässern des südöstlichen Mittelmeers seine Seemannsfortsetzung. Die Situation in Tschad stand im Mittelpunkt der Begegnung Reagans mit Mobutu. Reagan nannte die Entsendung von 1800 Soldaten aus Zaire nach Tschad zur Unterstützung der Regierungstruppen „mutig“. Im Gespräch mit Mobutu habe der amerikanische Präsident angedeutet: „Wir erwägen Maßnahmen, die nötig werden könnten, um die Regierung von Hissein Habre zu unterstützen.“ Dies sagte ein amerikanischer Regierungsbeamter später. Er weigerte sich jedoch, diese Maßnahmen weiter zu erläutern. Bisher hat Washington der Regierung Tschads unter anderem etwa 30 tragbare Anti-Flugzeug-Raketen vom Typ „Redeye“ geliefert. Einige amerikanische Militärtechniker unterweisen Militärpersonal in Tschad in der Bedienung dieser Waffen.

Nach offiziellen Angaben in Lagos wird Nigeria keine direkte Militärhilfe leisten, hat aber französischen und amerikanischen Flugzeugen, die Militärgüter nach Ndjamena bringen, Land- und Luftankreise erteilt. Die öffentliche Meinung in Nigeria ist gegen eine Militärhilfe, weil es im April und Mai an der Grenze zwischen Nigeria und Tschad zu Zusammenstößen gekommen war. Man befürchtet, daß His-

sein Habre sich nach einem Sieg über den Rebellenführer Goukouni Weddeye gegen Nigeria wendet.

Die offizielle libysche Nachrichtenagentur Jana hat am Freitag die Einstellung der Bombardierung der Oasenstadt Faya Largeau im Norden des Tschads gemeldet. Laut Jana hat der frühere Staatspräsident Goukouni Weddeye die Einstellung der Luftangriffe angeordnet, um Hissein Habre — „wenn er noch am Leben ist“ — Gelegenheit zu geben, „sich der rechtmäßigen Unionsregierung zu ergeben“. Gleichzeitig könnten sich die Soldaten Hissein Habres ergeben und nach Hause zurückkehren, hieß es bei Jana, die drei Tage zuvor den „Tod“ Hissein Habres gemeldet hatte.

In der Hauptstadt Ndjamena landeten am frühen Freitagmorgen zwei französische „Transall“-Transportflugzeuge, die möglicherweise militärisches Material lieferten. Unbekannt war, ob die Flugzeuge in Frankreich gestartet waren oder von französischen Militärstützpunkten in Zentralafrika oder Gabun. Ein Bericht der libyschen Nachrichtenagentur Jana, die Rebellen hätten die Orte Oum Chalouba und Kalait im Südosten von Faya Largeau zurückerobert, wurde in Ndjamena dementiert.

Wahlen in Kenia Ende September

NAIROBI, 5. August (dpa). Die um ein Jahr vorgezogenen Parlamentswahlen in Kenia werden am 26. September stattfinden. Dies hat der staatliche Rundfunk jetzt in Nairobi gemeldet. Staatspräsident Moi hatte die Neuwahlen für 158 Abgeordnetensitze, für die bisher etwa 2000 Kandidaten ihr Interesse bekundet haben, im Mai angekündigt. Die Wiederwahl Moïs als Staatschef erscheint gesichert.

Unita: 273 angolische Soldaten getötet

LISSABON, 5. August (Reuters). Guerilleros der Nationalunion für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita) haben nach eigenen Angaben bei Angriffen in der Provinz Moxico 273 Regierungssoldaten getötet. Darunter hätten sich auch 15 Kubaner befunden, teilte Unita in einem Kommuniqué mit. Eine gegnerische Brigade sei vernichtet worden. Drei Kampfflugzeuge des Typs MiG-21 seien abgeschossen, große Waffenvorräte seien erbeutet worden.

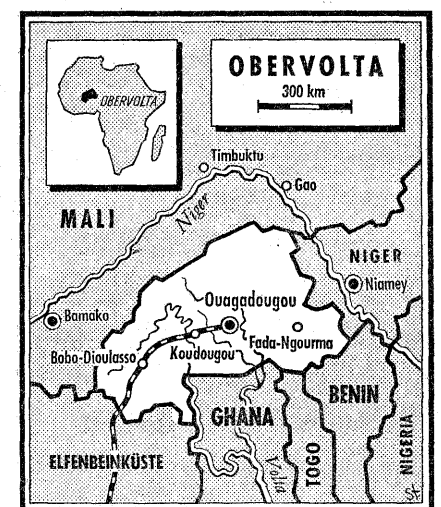
Fortsetzung von Seite 1

Militärputsch in Obervolta

Während seiner Amtszeit erwarb Sankara erhebliche Popularität durch scharfe Kritik an der „korrupten“ Verwaltung des Staates und die Forderung nach größerem Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen. Sankara werden Verbindungen zu Hauptmann Rawlings nachgesagt, der im Nachbarstaat Ghana durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war und von Libyen unterstützt werden soll. Libyen soll auch hinter der Regierung Benins stehen, das im Südosten an Obervolta grenzt. Sankara kann sich Beobachtern zufolge in Obervolta vor allem auf Studenten, Lehrer, Gewerkschafter und junge Offiziere stützen.

Die Bürger der Hauptstadt des sieben Millionen Einwohner zählenden Staates wurden für Freitag zu einer Demonstration aufgerufen, „um jubelnd den Beginn einer neuen Ära zu feiern“. Der Putsch fand zum 23. Jahrestag der Unabhängigkeit von französischer Kolonialherrschaft (5. August 1960) statt. Die neuen Machthaber versicherten, alle Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten sowie gegenüber regionalen, kontinentalen und internationalen Organisationen respektieren zu wollen.

Die erste Regierung des Landes wurde 1966 vom Militär mit Unterstützung



der Gewerkschaften gestürzt. 1970 ging die Regierungsgewalt dann wieder an Zivilisten über. Vier Jahre später gab es den nächsten Putsch. Die Militärs wurden 1978 auf Druck der Gewerkschaften aus der Regierung entfernt, obwohl ihr Anführer, General Lamizana, anschließend zum Präsidenten gewählt wurde. Lamizana verlor die Macht 1980 an Hauptmann Saye Zerbo, der im letzten November ebenfalls bei einem Putsch durch den nun entmachteten ehemaligen Armeearzt Ouédraogo abgelöst wurde.

Brandt und Palme koordinieren ihre Arbeit

W.A. STOCKHOLM, 5. August. Die nach dem SPD-Vorsitzenden Brandt benannte Nord-Süd-Kommission und die von dem sozialdemokratischen schwedischen Ministerpräsidenten Palme geleitete internationale Abrüstungskommission wollen ihre Arbeit koordinieren und diesen Versuch Anfang nächsten Jahres mit einer gemeinsamen Tagung beginnen. Das haben die beiden Kommissionsvorsitzenden am Freitag bei einem Meinungsaustausch in Stockholm vereinbart. Nach Darstellung Palmes sollen die Bemühungen um eine engere Abstimmung dem Ziel „Hilfe für den Frieden“ dienen. Brandt konkretisierte dieses Vorhaben mit den Worten, daß die von seiner Kommission angestrebte Forcierung der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt in direkter Beziehung zur Abrüstung und damit zu einer Frage stehe, die das Zustandekommen der Palme-Kommission bewirkt habe. Gemeinsam wolle man nun nach Wegen suchen, möglicherweise frei werdende Rüstungsmittel wirtschaftlichen und sozialen Beistandsprogrammen zuzuführen. Brandt begründete diesen Plan mit dem Hinweis darauf, daß im vergangenen Jahr etwa 700 Milliarden Dollar für militärische Zwecke ausgegeben worden seien, während sich die Aufwendungen für Entwicklungshilfe nur auf drei bis vier Prozent dieser Summe belaufen hätten.

Stimmen der Anderen

Größtes Sorgenkind

Die „Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung“ aus Essen schreibt zum Arbeitsmarkt:

„Es brennt nicht nur im Bergbau und beim Stahl, nicht nur an Rhein und Ruhr, nicht nur in Ballungsgebieten, auch auf dem flachen Land. Überall in Nordrhein-Westfalen fehlen Arbeitsplätze. Wie schlimm die Lage sich zuspitzt hat, zeigt ein Blick in die traurige Statistik der Revier-Arbeitnehmer: Dort registriert man jetzt mehr Arbeitslose als im vergangenen Winter! Die Ursachen für diese Entwicklung sind allzu gut bekannt: Nordrhein-Westfalen, das industrielle Herz der Bundesrepublik, ist in den vergangenen Jahrzehnten langsam außer Takt geraten. Rohstoffarme Bundesländer — wie Baden-Württemberg oder Bayern — konnten neue Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Industrien schaffen, weil sie sich frühzeitig spezialisieren mußten. Zur gleichen Zeit griff das einst steuerstarke Nordrhein-Westfalen anderen Bundesländern kräftig unter die Arme und sicherte mit Milliarden für die Kohle die nationale Energie-Versorgung. Daß die einstige Wachstumsmotokomove „Kohlenpott“ mitten in der Montan-Krise jetzt zum größten Sorgenkind der Republik geworden ist, das dürfte keinen verantwortlichen Politiker in Bonn mehr ruhig schlafen lassen. Dabei geht es nicht um Subventionen, sondern um so konkrete Dinge wie etwa eine gerechte Verteilung des Steuerkuchens, wie sie die Düsseldorf-Landesregierung immer und immer wieder angemahnt hat.“

Teilweise Belebung

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ meint zu den Arbeitslosenzahlen:

„Bisher kann von Belebung wohl nur im Wohnungsbau und im Automobilabsatz die Rede sein. Allerdings werden auch wieder mehr Möbel gekauft. Gleichzeitig läßt die Sparneigung nach. Das spricht für zunehmenden Optimismus der Verbraucher, die bei sinkenden Realeinkommen Geld von der hohen Kante holen müssen, wenn sie sich mehr anschaffen wollen. Und wenn sie das Ersparnis angreifen, haben sie weniger Angst vor der Zukunft. Für die Arbeitslosen kann man daraus vorerst aber nicht viel Zuversicht ableiten. Höhere Produktion ist oft möglich, ohne daß mehr Leute eingesetzt werden. Außerdem sind strukturelle Krisen bestimmter Branchen und bestimmter Wirtschaftsräume, zu denen der Kölner gehört, nicht von heute auf morgen zu bewältigen. Darüber täuschen auch zuversichtliche Äußerungen aus der Bonner Koalition nicht hinweg.“

Matter Lichtblick

Die „Süddeutsche Zeitung“ aus München bemerkt zur Arbeitslosigkeit:

„Der Höhepunkt liegt erst noch vor uns. Durch die Ferien in Bayern und nach den Schulentlassungen dürfte sich die Zahl von reichlich 2,2 Millionen Stellungsuchenden vom Juli im August weiter erhöhen. Die Bundesrepublik wird mit einer Arbeitslosenzahl von an die 2,5 Millionen in

den Winter gehen. Da sich die Erwerbslosigkeit in jedem Winter um runde 600 000 mehr, rückt die Zahl von drei Millionen Bürgern ohne Arbeit in greifbare Nähe, ohne daß sich aus der konjunkturellen Entwicklung ein durchschlagender Trend zum Besseren abzeichnet. Gewiß meldet die Industrie neuerdings mehr Aufträge. Und auch der jüngste, den Export erleichternden Anstieg des Dollarkurses könnte sich als Stütze der Beschäftigung erweisen. Nichtsdestoweniger läßt der große Aufschwung bis jetzt auf sich warten. Die statt dessen zu beobachtende schwache Belebung sorgt immerhin wenigstens für einen matten Lichtblick: Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt insgesamt langsamer zu als früher. Aber das wäre es denn auch schon, zumal da es umgekehrt im Juli besonders viele junge Erwerbslose gab, die ihre betriebliche Ausbildung eben erst hinter sich gebracht hatten.“

Ausdrücklich gebilligt

Die „Stuttgarter Zeitung“ kommentiert die Besetzung eines amerikanischen Generals im Hessischen Landtag:

„Die Aktion des hessischen Landtagsabgeordneten der Grünen, Schwalba-Hoth, ist nicht entschuldbar und nicht zu rechtfertigen. Wer sich, wie die Grünen, darauf einläßt, in die Parlamente zu gehen, hat dann auch ein Minimum an menschlichen und politischen Spielregeln einzuhalten. Daß diese Grenzen überschritten sind, wenn man einen anderen Menschen mit

Blut beschmiert, bedarf gar keiner Analyse. Die Tat kann auch nicht durch eine angeblich moralische Motivation verniedlicht werden. Noch schlimmer aber ist, daß die Aktion nicht die spontane Tat eines einzelnen gewesen ist, sondern daß die Fraktion der hessischen Grünen ganz offensichtlich zuvor davon gewußt und sie ausdrücklich gebilligt hat.“

Klarheit

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ hebt einen bedenklich stimmenden Aspekt des Eklaits von Wiesbaden hervor:

„Die Grünen versahen das Rülpenspiel vom Vortag noch mit einem Epilog, um über die Sommerpause hinweg in der Erinnerung der Wähler haften zu bleiben. Das immerhin ist ihnen gelungen. Sie geben dem Bürger keine Rätsel auf. Wer sie wählt, muß wissen, daß sie ihre Ziele im Parlament wie auf der Straße militant verfolgen, unfähig zum Dialog und unwillig gegenüber jedem Kompromiß. Der Mann, der jetzt die Segel strich, weiß das längst. Holger Börner hat es erst versucht, ein bishen Grün aufgelegt und sogar Selbstverleugnung nicht gescheut. Da er keine sichere Mehrheit besaß, suchte er so über die Runden zu kommen. Aber er mußte schnell erkennen, daß das Häuflein der neun diktierten wollte, wie sie regieren sei. Von seinem Schwächenfall ist Börner endgültig genesen. Wie auch immer nach dem 25. September die Karten gemischt sind, ein rot-grünes Bündnis

wird es nicht geben. Das ist ziemlich die einzige Klarheit, die die auseinanderlaufenden Parteien in Wiesbaden hinterlassen.“

Was aber, wenn ...

Das „Darmstädter Tagblatt“ nimmt die Auflösung des Hessischen Landtags zum Anlaß, eine Mahnung an die Adresse von CDU und SPD zu richten:

„Was aber, wenn der Wähler am 25. September ähnlich entscheidet wie ein Jahr zuvor? Eine abermalige vorzeitige Selbstauflösung des Hessischen Landtags wird zwar von der Verfassung nicht ausdrücklich untersagt, würde aber gegen den Geist der Verfassung verstoßen. Die Politiker können den Wähler nicht so lange in die Wahllokale schicken, bis er ein ihnen genehmes Wahlergebnis abliefern. Wie immer die Wahl also ausgehen wird, die Politiker werden diesmal damit zu leben haben, und zwar über die volle Distanz einer vierjährigen Legislaturperiode. Sollten sie dazu nicht in der Lage sein, und wieder keine ordentliche Landesregierung zustande bringen, und keinen ordentlichen Landeshaushalt beschließen, geschähe dies zum Schaden nicht nur des Landes, sondern des demokratischen Systems überhaupt. Die Parteien werden gut daran tun, jetzt, wie Ministerpräsident Börner es in der gestrigen Debatte formulierte, in einem harten Wahlkampf nicht jene Teller zu zerschlagen, von denen sie möglicherweise nach der Wahl gemeinsam werden essen müssen.“